

ÖSTERREICH

11.03.2011

SPÖ und Grüne wollen Gesetzesnovelle weiter bekämpfen

Landtag beschließt das Bettelverbot

Nach mehr als zweistündiger Debatte wurde das Bettelverbot gestern im Landtag beschlossen – gegen die Stimmen von SPÖ und Grünen.

Linz. Künftig ist in OÖ aggressives und organisiertes Betteln verboten. Der Landtag beschloss mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ die Novelle des Polizeistrafgesetzes. Im Vorfeld hatten SPÖ und Grüne schwere Bedenken geäußert: Das Gesetz lasse einen zu großen Interpretationsspielraum. Für die Umsetzung bekommen die Städte vier Monate Zeit, die Aussetzungsfrist wurde verlängert. Ob etwa Linz die Kompetenzen der Stadtwache ausweitet, bleibt fraglich. „Wir sind dagegen“, so die prompte Reaktion aus der Linzer SPÖ.

Verfassungswidrig. Die Roten hatten im Vorfeld mit der Anrufung des Verfassungsgerichtshofs gedroht. Ob sie diese jetzt tatsächlich anstreben, wird geprüft. Auch die Grünen bedauerten gestern den Beschluss. Dass der Antrag ausgerechnet vom Koalitionspartner ÖVP kam, die damit auf die Linie des grünen Erzfeindes FPÖ umschwenkte, mag seltsam

Das Bettelverbot hatte im Vorfeld für Proteste gesorgt.



Schwarz (3)

wirken. Doch es ist auffallend: Die ÖVP lebt ihre Machtfülle – sie stellt seit der Wahl 2009 die absolute Mehrheit – immer öfter zu Lasten des kleinen Koalitionspartners aus. Stellen sich die Grünen gegen ein Ansinnen, sucht sich die ÖVP ohne große Umschweife andere Partner. Als einziger Protest bleibt den Grünen, im Landtag die Hand nicht zu heben.

Schwarz-grüne Diskrepanz. Doch auch abseits vom Dauerstreitthema Westring brüskiert die ÖVP ihren Juniorpartner regelmäßig mit Avancen in Richtung

FPÖ. Erst kürzlich hat sich etwa LH Josef Pühringer dafür ausgesprochen, Kindern mit Deutsch-Defiziten den Eintritt in die Volksschule zu verwehren – eine Forderung „Erst Deutsch, dann Schule“, mit der die FPÖ Linz im Wahlkampf 2009 geworben hatte. Auch im Kampf gegen rechtsextreme Verflechtungen der FPÖ hofft Grün vergeblich auf schwarzen Beistand. Bei der Abschaffung der Solaranlagenpflicht und der Einführung der Skihelmpflicht musste sich die Ökopartei ebenfalls schwarz-blauen Allianzen beugen. (hij, ort)